

20.

Strafrecht.**Allgemeiner Teil.**

Berichterstatter: Prof. Dr. Mag Ernst Mayer, Straßburg.

Die in den letzten Monaten erschienenen Arbeiten über den Allgemeinen Teil sind nicht zahlreich, insbesondere ist unter ihnen dieses Mal seit langer Zeit kein größeres Werk.¹⁾ Der Grund liegt unverkennbar darin, daß die auf unserem Gebiet tätigen Kräfte durch die im Vordergrund des Interesses stehenden Reformfragen stark in Anspruch genommen werden. Es kann und darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß in der der Erneuerung des Strafrechts zugewendeten Literatur viele dogmatische Beiträge enthalten sind. Namentlich sind die den Strafrechtstheorien gewidmeten Schriften in dieser Hinsicht zu nennen. Ich verweise auf die an anderen Stellen des Berichtes zu besprechenden Publikationen von Birkmeyer,²⁾ v. Hippel,³⁾ Nagler⁴⁾ und Detter.⁵⁾

¹⁾ Franks bekannter Kommentar zum StGB. erscheint in neuer Auflage (5. bis 7.); bisher sind zwei Lieferungen (bis § 222) ausgegeben worden. — Das kürzlich erschienene Buch von Kriegsmann (Privatdozent in Kiel), „Mittäterschaft und Kaufhandel seit Feuerbach“, hat in diesen Bericht leider nicht mehr aufgenommen werden können.

²⁾ Strafe und sichernde Maßnahmen, Rektoratsrede, München 1906.

³⁾ Strafrechtsreform und Strafzwecke, Rede zur Feier des Geburtstages des Kaisers, Göttingen 1907.

⁴⁾ Die Verständigung der Strafrechtsschulen, Baseler Ad. Antrittsrede, veröffentlicht im Gerichtssaal Bd. 70 (1907), S. 6—43.

⁵⁾ Strafe und Lohn, Festrede zur Feier des 325 jähr. Bestehens der Univ. Würzburg, Würzburg 1907 und mit literarischem Apparat im Gerichtssaal Bd. 70 (1907), S. 321—369. — Es sei mir erlaubt, hier auf einen Einwand, den Detter gegen meine Behandlung des Themas (Verhandl. des 28. Dtschn. Juristentages Bd. 1, S. 161 ff.) erhebt, kurz zu antworten. Detter lehrt (S. 336): „Aus der reinen Vergeltungsidee läßt sich nur ableiten, daß eine Stufenfolge von Strafen zu entsprechen hat der verschiedenen Schwere der Verbrechen, nicht aber, wie beschaffen die einzelnen Glieder der Strafenskala sein müssen“, und bemerkt hierzu, daß ich die erstere „normative“ Bedeutung der Vergeltungsidee übersehe. Ich glaube aber, diese Unterscheidung von „daß“ und „wie“ völlig übereinstimmend zum Ausdruck gebracht zu haben (S. 164): „Auch die Behauptung, (nicht die Gerechtigkeit, sondern) die Vergeltungsidee fordere jene Proportionalität, ist nicht zu beanstanden, jedoch muß dann beigefügt werden, daß der Vergeltungsbegriff über die Erfüllung der Forderung keine Auskunft gibt.“ Nur in der rein theoretischen Frage, ob „das Verlangen der Proportionalität“ als „ein normatives Element“ zu bezeichnen ist, besteht eine Differenz. — Ferner möchte ich der Behauptung (S. 336): „Und zu diesem Postulat tritt die von Mayer gebilligte Spezialpräventionstheorie . . . in vollsten Widerspruch“, entgegenhalten, daß nach dem Grundgedanken meines Gutachtens die Idee der Spezialprävention

1 u. 2. In neuen Auflagen sind erschienen:

Hans Rüdorff, Textausgabe des StGB. mit Anmerkungen, 22. Aufl., bearb. v. H. Appelius, Guttentag'sche Sammlung, Berlin 1907. „Die neue Auflage ist entsprechend dem Gange der Rechtsprechung vermehrt; insbesondere sind die vom Reichsgericht ausgesprochenen Rechtsgrundsätze in größerem Umfange, wie seither, aufgenommen.“ (Vorwort.)

v. Schöcker, Staatsrat, Das Polizeistrafrecht und Polizeistrafverfahren im Königreich Württemberg. Vierte Auflage, Stuttgart, W. Kohlhammer, 1907.

3. Andreas Thomsen, Professor in Münster, Das deutsche Strafrecht. Besonderer Teil, Vorlesungen, gehalten an der Universität Münster. Berlin, Struppe u. Windler, 1907.

Abschluß des Z 27 S. 760 angezeigten Buches.

4. James Goldschmidt, Privatdozent in Berlin, Die Typentheorie, eine kritische Besprechung von Belings „Lehre vom Verbrechen“ und der 3. Aufl. seiner „Grundzüge“. Archiv für Strafr. u. Strafproz., 54. Jahrg., S. 20—42, 1907.

Es würde zu weit führen, hier auch noch über Besprechungen neuer erschienenen Werke zu referieren; in diesem Falle scheint mir aber eine Verweisung der Bedeutung der Kritik und ihres Gegenstandes zu entsprechen.

5. R. C. Hofheinz, Amtmann in Überlingen, Verletzung und Gefährdung als Kriterien der Zweiteilung im Systeme der strafbaren Handlungen. 79 S., Heft 79 der „Strafrechtlichen Abhandlungen“, Breslau, Schletter, 1907.

Die schwer verständliche Abhandlung bemüht sich, die strafbaren Handlungen ihrer Schwere nach in zwei Gruppen zu teilen. Daß eine solche Untersuchung mit dem geltenden Recht nichts gemein hat, ist klar. Obwohl nun der Verf. nicht speziell darauf ausgeht, die Polizeidelikte auszuheben, leitet er seine Ausführungen mit einer Kritik der Theorien ein, die das Polizeirecht zu erforschen suchen, wird aber kaum einem Autor gerecht, da überall bloß die Methode, nirgends die positiven Ergebnisse beleuchtet werden. So lassen sich z. B. Goldschmidt's Untersuchungen gewiß nicht mit der Bemerkung abtun, in ihnen sei die Aufgabe, das Kriterium dem Begriffe der strafbaren Handlung zu entnehmen, verkannt. Von diesem das Wesen der strafbaren Handlung ergründenden Verfahren verspricht sich der Verf. Erfolg. Um es durchzuführen, steigt er in die Tiefen der allgemeinen Rechtslehre: Die Frage nach dem Schutzobjekt drängt zurück auf die nach dem Wesen des Rechtes und führt über eine Erörterung der Begriffe Rechtswidrigkeit und Schuld schließlich zu einer Scheidung

lediglich dazu tauglich sein soll, unter den bereits gerechtfertigten vergeltenden Maßnahmen die brauchbarsten auszuheben (vgl. bes. S. 168). Ist es widerspruchsvoll, wenn jemand unter drei gleich schönen Gemälden dasjenige auswählt, das seiner Größe nach am besten in ein bestimmtes Zimmer paßt?

der strafbaren Handlungen in drei Gruppen: 1. Absichtliche Gefährdungen, 2. Bewusste, nicht absichtliche und 3. Unbewusste Gefährdungen. Die Verletzungen gehen hierbei in den Gefährdungen auf; sie sind nur ein Mantel, den die Tatbestände über die Gefährdungsdelikte werfen; „auch die konkreteste Verletzung erscheint uns nicht mehr als Materialgrund der Strafe“.

Mit dieser kühnen Konstruktion sind sämtliche strafbare Handlungen gewissermaßen auf einen Nenner gebracht; die Zähler aber sind verschieden: Die bewussten Gefährdungen der ersten und zweiten Gruppe stehen den unbewussten der dritten, bei denen die Schuld im Unterlassen fortgesetzter Anspannung des Geistes besteht, gegenüber. Das ist die erstrebte Zweiteilung, vorausgesetzt, daß man die Scheidung rein logischen Gesichtspunkten unterstellt. Da sie nun aber dem Rechtsbewußtsein nicht entspricht, müssen die geringfügigen Handlungen der ersten und zweiten Gruppe zu denjenigen der dritten hinzugenommen werden. Mit Bedauern macht der Leser diese Grenzverschiebung mit, denn durch sie wird das mühsam debuzierte Resultat, die Unterscheidung der drei Gefährdungsarten, wieder aufgegeben, und es war das einzige greifbare der ganzen Arbeit. Der schwerste Schlag trifft uns aber auf der letzten Seite: Ein Einwand könne noch gegen die Zweiteilung erhoben werden; das als Folge einer unbewussten fahrlässigen Gefährdung eintretende große Unglück, z. B. eine Eisenbahnkatastrophe, kann nur als Ordnungswidrigkeit gekennzeichnet werden. „Hier setzt aber eine Frage ein, deren Erörterung nicht mehr zu den Aufgaben unserer Untersuchung gehört. Es fragt sich, ob es auch heute noch richtiges Recht ist, wenn dem konkreten Erfolge . . . eine derartige Bedeutung beigemessen wird.“ So schwindet auch des Lesers letzte Hoffnung, daß er durch Preisgabe des theoretischen Ergebnisses sich wenigstens die Übereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein unserer Tage erringen werde; enttäuscht fragt man nach der Mühe, nach der großen Mühe Lohn.

6. Riehl, Reichsgerichtsrat, Die Einwilligung eines Minderjährigen nach geltendem Strafrechte. Archiv für Strafr. u. Strafproz. 54. Jahrg., S. 357—394, 1907.

Um die Tragweite der Einwilligung eines Minderjährigen festsetzen zu können, prüft der Verf. zunächst die Bedeutung der Einwilligung überhaupt und geht mit vollem Rechte davon aus, daß die Entscheidung aus den Paragraphen des StGB. (201, 216, 223, 142) nicht entnommen werden kann. Der Weg, der von dieser Einsicht aus mitten in die Lehre von der Rechtswidrigkeit führt, ist nicht zu verlassen. Da aber der Verf. grundsätzlich nur durch Ablehnung von Bindungs Normentheorie zum Wesen der Rechtswidrigkeit Stellung nimmt, wird er doch wieder dazu gedrängt, sich auf die einzelnen Paragraphen zu stützen. Hierbei unterscheidet Riehl, ob der Gesetzgeber durch Aufnahme des Merkmals der Rechtswidrigkeit auf andere Rechtsgebiete verwiesen hat oder nicht. Im ersten Fall schließt die Einwilligung die Rechtswidrigkeit aus, falls ihr die heranzuziehenden

Rechtsätze diese Wirkung zugesiehet; daher sind Einwirkungen auf das Eigentum, wenn sie dem Willen des Eigentümers entsprechen, rechtmäßig. Im zweiten Fall seien die Handlungen, namentlich Angriffe auf die körperliche Integrität, strafbar, wenn nicht die Norm selbst einer Einschränkung unterliegt. So ergibt sich, daß Körperverletzungen trotz der Einwilligung des Verletzten zu bestrafen sind. Daneben aber läuft eine andere Gedankenreihe und führt dazu, Verletzungen, an denen ausnahmsweise die Allgemeinheit nicht interessiert ist, von der Regel auszunehmen.

Prüft man nun diese Resultate unter der Voraussetzung, daß die Einwilligung von einem Minderjährigen gegeben worden ist, so ergibt sich zwar für die Eigentumsdelikte, nicht aber für die Körperverletzungen etwas anderes.

In einem Nachtrage setzt sich der Verf. mit Holers im letzten Bericht angezeigten Buche (Z 27, S. 767) auseinander.

7. Paul Schenk, Dr. med., Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Betrunkenen. Archiv für Strafr. u. Strafprog. 54. Jahrg., S. 407—412, 1907.

Der Aufsatz beschäftigt sich hauptsächlich mit Reformfragen und befürwortet eine weitgehende Verantwortlichkeit des Betrunkenen.

8. Joh. Nagler, Prof. in Basel, Die Teilnahme am Sonderverbrechen. 170 S. Leipzig, Wilhelm Engelmann, 1903.

Das schon längere Zeit erschienene, in unseren Berichten auch bereits angezeigte, aber noch nicht besprochene Buch enthält eine sorgfältige Revision der Teilnahmelehre, die in der Klarstellung der im Titel bezeichneten Frage gipfelt.

Die Sondernorm ist an einen Kreis bestimmter Personen adressiert. Die speziellen persönlichen Tatumsstände unterscheiden also das Sonder vom Gemeinverbrechen. Fälle, in denen infolge physischer Eigenschaften der Kreis tauglicher Täter beschränkt ist (z. B. Notzucht), sind nicht zu den Sonderverbrechen zu rechnen. An diese in allen Einzelheiten ausgeführte Entwicklung des grundlegenden Begriffes schließt sich eine willkommene Übersicht über die Sonderverbrechen des Reichsstrafrechts. — Grundlegend ist weiterhin die Auffassung der Teilnahme und ihrer Formen. Diesen Fragen wird kein besonderes Kapitel gewidmet, aber es wird in den einzelnen Abschnitten, die die Begehung von Sonderverbrechen in der Form der Täterschaft, der Beihilfe und Anstiftung behandeln, überall der speziellen Aufgabe eine Würdigung der allgemeinen vorausgeschickt. So wird die Täterschaft unter starker Betonung des subjektiven Elements von der Teilnahme (im engeren Sinne) unterschieden und dann erst die Täterschaft am Sonderverbrechen behandelt. Sie birgt in ihrem Kerne keine Schwierigkeiten; der Verf. geht aber auch weniger geklärten Fragen nach, so namentlich denjenigen, die die Täterschaft eines gesetzlichen Vertreters oder „Hintermannes“ betreffen.

Der Brennpunkt des Problems wird erreicht mit der Frage, ob der Extraneus als Anstifter oder Gehilfe am Sonderverbrechen beteiligt

sein kann; bekanntlich stehen sich die Ansichten, soweit es sich um Teilnahme an (reinen) Militärbelikten handelt, schroff gegenüber. Nagler bespricht die Literatur und führt ihre Unzulänglichkeit in letzter Linie darauf zurück, daß sie immer nur eine oder die andere Gruppe von Sonderverbrechen untersucht hat und dabei fälschlich vom Wesen der Teilnahme ausgegangen ist. Und der Verf. prüft auch alle in Betracht kommenden Gesetzesstellen und kommt zu dem Resultat, dem positiven Recht lasse sich keine Entscheidung entnehmen, aus den Prinzipien müsse sie abgeleitet werden. Hiermit sind die Voraussetzungen der Lösung gekennzeichnet, und wer im Buche selbst den Gedankengang verfolgt hat, zweifelt nicht, daß die Schlussfolgerung lauten wird, Teilnahme am Sonderverbrechen ist straflos. Daher ist die Überraschung, den Verf. bei der entgegengesetzten Lehre anlangen zu sehen, groß. Der Gedanke, daß im Interesse ausreichenden Gütergleiches angenommen werden müsse, der Extraneus sei durch die Sondernorm sekundär, nämlich unter der Voraussetzung, daß der primär Verpflichtete als Täter schuldig ist, verpflichtet, ist die Stütze dieses Ergebnisses. Hiermit gibt Nagler fast alle seine Prämissen wieder auf: Seine Lehre gründet sich mindestens ebenso sehr auf das Wesen der Teilnahme als auf das des Sonderverbrechens und ist, soweit das letztere in Frage steht, alles eher als eine Deduktion aus den ihm zugeschriebenen Eigenheiten. Und hiermit entschwinden dem Verf. auch die positiv-rechtlichen Grundlagen. Man mag das Ergebnis billigen oder verwerfen, daß es in der Begründung, die sich in der Abhandlung findet, vom geltenden Recht gänzlich losgelöst ist, kann nicht bezweifelt werden. Davon wird umsomehr überzeugt sein, wer Naglers Annahme, daß die Gesetzesstellen versagen, nicht teilt. Insbesondere ist die Meinung, das MilStGB. enthalte keine Entscheidung, nicht zutreffend, was ich schon wiederholt (zuletzt Deutsches Militärstrafrecht Bd. I, S. 104) betont habe. Auch beim Ausbau der Lehre und den hierbei gefällten Entscheidungen entfernt sich der Verf. mehrmals nicht unbedeutend vom geltenden Recht (vgl. Detkers Besprechung, Gerichtssaal Bd. 68, S. 307/308). Daß die Arbeit trotzdem und trotz der Inkonsistenz in der Kernfrage volle Anerkennung und eingehende Berücksichtigung verdient, liegt an der Sorgfalt, mit der sich der Verf. in seine Materie vertieft hat.

9. Oppler, Landgerichtsrat in Straßburg, Die Teilnahme bei Unzurechnungsfähigkeit des Täters. Gerichtssaal Bd. 70, S. 387—405, 1907.

Der Verf. geht von den bekannten unbefriedigenden Entscheidungen, die sich auf die akzessorische Natur der Teilnahme gründen, aus und betont, daß sie durch die Konstruktion der mittelbaren Täterschaft nur sehr unvollständig ausgeschlossen werden. Seinem Bestreben, brauchbare Ergebnisse ohne Preisgabe der akzessorischen Natur zu erreichen, glaubt der Verf. dadurch entsprechen zu können, daß er die Unzurechnungsfähigkeit (§ 51) als persönlichen Strafausschließungsgrund auffaßt. Da nun aber die Unzurechnungsfähigkeit gewiß nicht mit

den Exemptionen vom Strafgesetz auf gleiche Stufe gestellt werden darf, kann sie persönlicher Strafausschließungsgrund nur in dem Sinne sein, daß sie die subjektive Rechtswidrigkeit aufhebt. Ist dies die Meinung Opplers, so scheitert seine Lösung am § 50, der nur gegen Ende kurz erwähnt wird, obwohl er als Grund und Schranke der akzessorischen Natur die Basis der Lehre bildet.

10. A. Kallmann, Rechtsanwalt in Berlin, Leugnende Angeklagte. Archiv für Strafr. und Strafproz. 54. Jahrg., S. 230—234, 1907.

Aus der lezthin auch in dieser Zeitschrift (Z 27, S. 921 ff., vgl. auch Beling Z 24, S. 253) behandelten Frage, ob Leugnen des Angeklagten bei der Strafzumessung strafmehrend in Rechnung gestellt werden darf, muß das von Kallmann wie von vielen anderen herangezogene Argument, daß der Angeklagte nicht verpflichtet ist, sich selbst zu bezichtigen, völlig ausscheiden. Auch wenn eine prozessuale Geständnispflicht bestände, könnte das Leugnen nicht zu einer strengeren Bestrafung der abzuurteilenden Straftat führen (vgl. Z 27, S. 922). Dagegen trifft der Verf. das Richtige mit dem Grundsatz: „Wenn und insoweit das Leugnen . . . als Zeichen besonders entwickelten verbrecherischen Sinnes aufgefaßt werden darf, kann es auch den Grund einer strengeren Bestrafung bilden.“

Die kurze Erörterung der Frage, die Kurnicki im Sprechsaal der Deutschen Juristen-Ztg. (Bd. 11, 1906, S. 537) veröffentlicht hat, ist insofern unzutreffend, als sie dem Leugnen auch keinen symptomatischen Wert zuerkennt. Ihn betont mit Recht Schmidt (ebenda S. 875), scheint aber der irrigen Ansicht zu sein, daß das Leugnen in allen Fällen auf einen hohen Schuldgrad hinweist.

11. Wachenfeld, Prof. in Kottbus, Rehabilitation und Verjährung. Archiv für Strafr. u. Strafproz. 54. Jahrg., S. 161—183, 1907.

Zur Verjährung der verwirkten und der erkannten Strafe will der Verf. die Rehabilitation als Verjährung der verbüßten Strafe hinzutreten lassen. Hier kommt es nicht auf die kriminalpolitische Seite des Vorschlages an, wegen seiner interessanten dogmengeschichtlichen Seite ist er zu erwähnen gewesen.

12. Poetsch, Referendar in Bonn, Die subsidiäre Haftung für fremde Geldstrafen nach deutschem Reichs- und preuß. Recht. 160 S. Berlin, Hermann Bahr, 1907.

Die sorgfältige, sehr gut geschriebene Monographie ist umso willkommener, weil sie als erste eine erschöpfende Behandlung des Themas bietet und hierbei den Wünschen des Theoretikers und des Praktikers gleichmäßig Rechnung trägt. Nach einer geschichtlichen Einleitung wendet sich der Verf. zur Konstruktion der subsidiären Haftung. Er durchwandert die Literatur und die Rechtsprechung, lehnt hierbei insbesondere die Meinung, die subsidiäre Haftung sei Strafe, mit guten Gründen ab und kommt zu dem Ergebnis: Die subsidiäre Haftung ist eine kraft Gesetzes auferlegte öffentlichrechtliche Bürgschaft

für fremde Geldstrafen, auf die die zivilrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden sind. Die, wie ich meine, ansprechende These bewährt sich im nächsten Kapitel, in dem der Verf. die Konsequenzen seiner Auffassung zieht. So wird das Privatrecht z. B. auf die Verjährung der subsidiären Haftung angewendet, wobei sich befriedigende Entscheidungen ergeben (vgl. namentlich BGB. § 768). Einleuchtend ist es auch, daß neben die subsidiäre Haftung eine Bestrafung des Haftenden wegen Teilnahme an der Straftat des Schuldigen treten kann; das Analoge gilt im Falle des § 361 Ziff. 9 StGB. Dagegen scheint mir die Annahme, der Haftende sei einer Begünstigung schuldig, wenn er, ohne daß die Voraussetzungen seiner Bürgenpflicht erfüllt sind, die Geldstrafe bezahlt, sehr anfechtbar zu sein, allerdings nicht aus Gründen, die gegen die prinzipielle Konstruktion sprechen.

Der Praktiker wird namentlich den weiteren Inhalt des Buches schätzen. Man findet dort eine Besprechung der einzelnen in den Reichsgesetzen und im preußischen Recht vorkommenden Fälle und eine ausführliche Darstellung des Verfahrens zur Geltendmachung der subsidiären Haftung einschließlich des Vollstreckungsrechtes.

Eine kurze Schlußbetrachtung gibt der Ansicht Ausdruck, die subsidiäre Haftung könne „nicht scharf genug als verwerflich bezeichnet werden“; man solle sie ersetzen durch Bestrafung derjenigen fahrlässigen Unterlassungen, die den Untergebenen die Begehung der betreffenden Delikte ermöglichen.

13. Hugo Grobleben, Die juristische Natur der korrekionellen Nachhaft. Gerichtssaal Bd. 70, S. 201 bis 286, 1907.

Der Verf. entscheidet die Frage, ob die korrekionelle Nachhaft mit der herrschenden Ansicht als Nebenstrafe oder ob sie als polizeiliche Präventivmaßregel anzusehen ist, im letzteren Sinne und stützt seine Ansicht unter Würdigung der Literatur, insbesondere der Ausführungen v. Hippels, mit mannigfachen Gründen, die man S. 256 zusammengestellt findet. Daran reiht sich eine Besprechung der praktischen Konsequenzen (GG. z. StGB. § 5, StGB. §§ 2, 70, 73, 345 u. a.) und eine kriminalpolitische Schlußbetrachtung.

Besonderer Teil.

Strafbare Handlungen gegen Rechtsgüter des Einzelnen.

Berichterstatter: Dr. jur. R. Hermann Kriegsmann, Privatdozent in Kiel.

Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts. Vorarbeiten zur deutschen Strafrechtsreform. Herausgegeben auf Anregung des Reichsjustizamts von den Professoren Dr. Karl Birkmeyer, Dr. Fritz van Calker, Dr. Reinhard Frank, Dr. Robert v. Hippel, D. Dr. Wilhelm Kahl, Dr. Karl v. Lienthal, Dr. Franz v. Liszt, Dr. Adolf Wach. Bb. 3, 6, 7, 8.

1. Finger stellt für die gesetzliche Behandlung des Geheimnisbruchs als legislatives Prinzip auf: Besondere Strafbestimmungen seien nur insofern notwendig, als nicht mittelbar durch den Schutz anderer Rechtsgüter der Schutz der Geheimnisphäre bereits gewährleistet werde. Diese Theorie von den Reflexwirkungen übersieht u. E., daß jene andern Strafbestimmungen der spezifischen Bedeutung der Geheimnisverletzung nicht gerecht werden können noch wollen; der Geheimnisbruch durch Sachbeschädigung usw. findet durch die Anwendung der bezüglichen Bestimmung nicht seine erschöpfende rechtliche Würdigung. Auf die Behandlung der Lehre selbst hat dieses Prinzip im weiteren nicht eingewirkt, da das Bedürfnis besonderer Strafdrohungen für die in den §§ 299, 300 getroffenen Handlungen bejaht wurde. Finger stellt das Eindringen in fremde Geheimnisphären durch Eröffnung eines Verschlusses und den Verrat fremder Geheimnisse, den Schutz von Berufs-, Fabriks- und Geschäftsgeheimnissen gesondert dar. Hier wie dort sollen im wesentlichen die geltenden Bestimmungen beibehalten werden; nur soll einerseits der Schutz des § 299 zu einem solchen des Verschlussgeheimnisses überhaupt erweitert, andererseits in den Kreis der Subjekte des § 300 alle einbezogen werden, denen aus öffentlichem Interesse ein Einblick in fremde Geheimnisphären gewährt wird. Diese legislativen Erwägungen sind von der rechtsvergleichenden Arbeit völlig unabhängig; das tritt am deutlichsten bei dem zweiten Teil hervor, wo sie der rechtsvergleichenden Behandlung vorangestellt und ohne Rücksicht auf diese zu sicheren Resultaten gelangt sind. Im ersten Teil liegt der gleiche Sachverhalt vor, mag sich auch die legislative Erörterung äußerlich an die Zusammenfassung der Ergebnisse der Rechtsvergleichung anschließen. Diese betrachtet, von dieser einen Zusammenfassung abgesehen, jedes einzelne Rechtsgebiet gesondert. Dabei war das Verfahren gegeben, an die besprochenen Regelungen die bereits feststehenden Resultate der legislativen Erwägungen als Bewertungsmaßstab heranzubringen, sodaß dogmatische und legislative Würdigung hier, wiederum besonders deutlich im zweiten Teil, häufig ineinander übergehen. Deutlicher sind beide Behandlungsarten für das deutsche Recht geschieden, dem in beiden Teilen eingehende

dogmatische Darstellung zuteil wird. Aus ihr sei nur ein Punkt herausgehoben. Finger tritt für enge Auslegung des Begriffs „unbefugt“ für den § 300 ein, unter lebhafter Polemik gegen die Theorie des Grafen Dohna einerseits, die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts vom 16. Mai 1905 andererseits. Nur eine ausdrückliche Ermächtigung oder Verpflichtung durch die Rechtsordnung soll die Mitteilung des Berufsgeheimnisses straflos machen. Nicht aber soll die Berücksichtigung der jeweils vorliegenden Verhältnisse entscheiden. Allein es fragt sich, ob nicht die gesetzliche Berücksichtigung von Ausschlußgründen der Rechtswidrigkeit nur Äußerungen eines allgemeiner zu fassenden Prinzips darstellt, aus dem sich die Grenzen der Rechtswidrigkeit ergeben. Jedenfalls aber handelt es sich um eine Frage, die nicht am einzelnen Tatbestand entschieden werden kann, mag dieser nun das Wort „unbefugt“ aufgenommen haben oder nicht.

2. „Diebstahl und Unterschlagung“ sind von Harburger bearbeitet worden. Verf. hat als Vergleichsmaßstab die Tatbestände des deutschen Rechts zugrunde gelegt, um zunächst die an die einzelnen Tatbestandsmerkmale sich anknüpfenden Fragen bis ins letzte Detail zu untersuchen. Dann wird die Stellung dargelegt, die das fremde Recht zu den Tatbeständen im ganzen, den Tatbestandsmerkmalen wie den einzelnen Zweifelsfragen einnimmt. Es ist dabei unvermeidlich, daß der Eindruck erweckt wird, als ob das deutsche Recht nicht nur der Darstellung, sondern zugleich der Bewertung als Maßstab gebietet habe; als sei das fremde Recht um so höher eingeschätzt worden, je näher es der deutschrechtlichen Zweiteilung von Diebstahl und Unterschlagung kommt. Die grundsätzliche Frage aber, ob diese Zweiteilung kriminalpolitisch berechtigt sei, ist nur beiläufig gestreift worden. Zu ihr Stellung zu nehmen, hinderte den Verf. die von ihm befolgte Methode, das Verhältnis des fremden Rechts zu den Einzelheiten der deutschen Regelung zu untersuchen. Über dieser Atomisierung der Untersuchung ist dann die aufs Ganze gerichtete Betrachtung nicht zu ihrem Recht gekommen. Das tritt charakteristisch in den Vorschlägen für die *lex ferenda* hervor, die Harburger in 37 Punkten niedergelegt hat. Es bedarf einer dem Leser überlassenen Konzentration dieser Vorschläge, um von der Gestaltung des künftigen Rechts, wie sie Harburger befürwortet, ein deutliches Bild zu gewinnen. Mit den gleichen Schwierigkeiten hat der Versuch zu kämpfen, etwa von der französischen Auffassung des Diebstahls nach Harburgers Darstellung eine deutliche Vorstellung zu erlangen. Deshalb erscheint die Methode sowohl für die legislative wie für die rechtsvergleichende Arbeit nicht unbedenklich. Gewiß dient sie dazu, die Möglichkeiten einer Umformung der einzelnen Tatbestandsmerkmale der deutschen Deliktstypen vorzüglich und erschöpfend klarzulegen; allein diesen Dienst verlangen wir erst, wenn feststeht, daß die Deliktstypen in ihren charakteristischen Zügen festgehalten werden sollen. Erst dann hat die Detailarbeit einzusetzen, die im feststehenden Gesamtbilde die Einzelzüge schärfer zu bestimmen berufen ist.

In diesen Detailausführungen hat Harburger an exegetischer Arbeit unter regelmäßiger Heranziehung der Entstehungsgeschichte wenigstens der deutschen Gesetzesformulierung höchst Wertvolles geboten. Besonders dankenswert erscheint die Verarbeitung der umfänglichen in- und ausländischen Judikatur; kann es bei der gegenwärtigen Aufgabe doch viel weniger darauf ankommen, wie das geltende Recht vom Verfasser, als darauf, wie es von der Rechtsprechung interpretiert wird. Aber Verf. ist der eigenen Stellungnahme darum nie aus dem Wege gegangen; seine legislativen Vorschläge bewegen sich nicht selten in der Richtung der Ergebnisse der dogmatischen Betrachtungen. Das ist überhaupt die durchgängige Tendenz der Arbeit: Durchweg will Verf. am heutigen Rechtszustand festhalten, und nur eine präzisere Fassung befürworten, die der von ihm für das geltende Recht vertretenen Auffassung entspricht. Mit diesen Einzelausführungen ist eine Auseinandersetzung an dieser Stelle nicht möglich; nur ist es zu bedauern, daß Verf. nicht zu dem interessanten Problem der Veruntreuung vertretbarer Sachen Stellung genommen hat. Ebenso wenig können hier die Vorschläge für die *lex ferenda* einer Kritik unterzogen werden; nur möchten wir im Gegensatz zu Harburger dringend davor warnen, zu dem System der Verdachtsstrafen im Kampf gegen das gewerbsmäßige Verbrechen zurückzukehren. Die Vervollkommnung der Verfolgungsmethoden, nicht gesetzestechnische Kunstgriffe, haben hier den Schutz der Gesellschaft zu übernehmen.

3. Die rechtsvergleichende Darstellung der Erpressung, die Frank gibt, zeigt eine durchgreifende Inkongruenz der hergehörigen Tatbestände auf. Die Ursache dieser Differenz findet Frank in der Verschiedenartigkeit der Wege, die die einzelnen Rechte bei der Auslegung des Digestentitels 47,13 *De concussionibus* gegangen sind; daß jene Differenz aber dauernd bestehen bleiben konnte, ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß der Begriff der Erpressung seine Existenz vorzugsweise einer reflektierenden Jurisprudenz verdankt. Das ist zunächst der wesentlichste Ertrag der Rechtsvergleichung. Im einzelnen erweist sie, daß kein Recht die Grenzen des Erpressungsbegriffs so weit gezogen hat, wie das deutsche, mögen nun Fälle der Erpressung völlig straflos bleiben, oder durch andere Deliktssbegriffe gedeckt werden, die im fremden Recht reicheren Inhalt gewonnen haben als im deutschen. Diese Sachlage muß darauf hinweisen, daß der deutsche Erpressungsbegriff einer Beschränkung fähig und, wohin gleichzeitig die Kritik mancher neuerer Entscheidungen drängt, bedürftig sei; allein für die legislatorischen Vorschläge ließ sich weiterer Ertrag aus der Rechtsvergleichung unmittelbar nicht gewinnen. Hier hängt zunächst alles davon ab, wie das künftige Recht die Deliktssbegriffe ausgestaltet, zu denen die Erpressung in nahen Beziehungen steht, — jene Begriffe, die im ausländischen Recht für unseren Erpressungsbegriff nicht selten eintreten. Aber auch soweit der selbständige Ausbau unseres Delikts von Frank erwogen wird, handelt es sich um eine durchaus originäre Leistung konstruktiver legislativer Arbeit, deren Ergebnisse nur in

Einzelheiten sich an Gestaltungen fremden Rechts anlehnen. Bei dieser Sachlage ist es unvermeidlich, daß der Leser, der nichts anderes gewinnen will, als Material für die Diskussion der Reformfragen, erst bei den kritischen und legislativen Erwägungen, die die Arbeit abschließen, völlige Befriedigung findet. Was bei der Anzeige so vieler Beiträge gesagt wurde, muß auch hier betont werden: wir stehen durchgängig nicht vor einer einheitlichen, sondern vor zwei Arbeiten, die nur selten in innerer Abhängigkeit zu einander stehen. Mit aller Sorgfalt dogmatischer Arbeit wird die Regelung der verglichenen Rechtsgebiete dargestellt und gewiß des Wertvollen eine Überfülle geboten; die legislative Erörterung geht dann aber ihren eigenen Weg, und es ist mehr ein glücklicher Zufall als das Resultat einer entwicklungsgeschichtlichen Auffassung der *lex ferenda*, wenn die Postulate des einzelnen Verfassers mit den Ergebnissen der internationalen Rechtsentwicklung einmal zusammenfallen. Das ist begründet in der Eigenart der Aufgabe; und die Konstatierung dieses Sachverhalts soll keinen Vorwurf bedeuten. Am wenigsten gegenüber der Frank'schen Arbeit. Die von ihm befürwortete Gestaltung unseres Erpressungsrechts sucht, wie uns scheinen will, mit Erfolg jene Linie zu treffen, die die Grenze des strafrechtlichen Schutzbedürfnisses bezeichnet. Einerseits soll die Anwendung eines an sich rechtswidrigen Verhaltens oder die Drohung mit einem solchen stets geeignetes Verbrechensmittel sein, andererseits die rechtswidrige Drohung mit erlaubten Handlungen nur in gewissen — im Gesetz zu bezeichnenden — Fällen tatbestandlich in Betracht kommen. Die Androhung „verkehrsmäßiger“ d. h. solcher Übel, mit deren Zufügung man nach den Regeln des Verkehrs rechnen muß, soll strafgesetzlich nicht berücksichtigt werden. Eine weitere Einschränkung des Tatbestandes wird dadurch gewonnen, daß nur das Anstreben eines unangemessenen Vermögensvorteils in Betracht kommen soll; hier werden die Beziehungen verwendet, in denen die Erpressung zu den Ausbeutungsdelikten steht. Jene erste Einschränkung führt zu einer Zerteilung des Erpressungsbegriffs. Ob es notwendig sein wird, bei der Regelung der *chantage* kasuistisch vorzugehen, erscheint nicht zweifellos; sollte es nicht moderner Gesetzestchnik gelingen, das hier entscheidende Prinzip in einer richterlichen Willkür ausschließenden Weise im Gesetz zum Ausdruck zu bringen? Auch jene zweite Einschränkung erscheint nicht unbedeutlich: sie läßt dem richterlichen Ermessen ungemein weiten Spielraum.

Für den Raub befürwortet Frank eine Ausdehnung des Tatbestandes: es soll hinfort nicht mehr die Wegnahme der Sache durch den Täter gefordert werden, sondern genügen, daß sich der Täter ihrer bemächtigt, — mag auch ein Willensakt des Beraubten diese Bemächtigung vermitteln. Damit würde gleichzeitig das Verhältnis von Raub und Erpressung geändert: die Intensität der Zwangsmittel würde zum unterscheidenden Kriterium, insbesondere, wenn der Gesetzgeber sich nach Frank's Vorschlag dazu entschloße, auch die räuberische Vermögenserpressung als Raub zu fassen.

Besonders hinzuweisen ist endlich auf die Ausführungen über die soziale Bedeutung der Erpressung (§ 3 I) und des Raubes (§ 6 I). Es dürfte ein besonderes Verdienst der Arbeit sein, daß die Vorschläge de lege ferenda durchaus an jenen Ausführungen orientiert sind.

4. Die Bearbeitung der Sachbeschädigung durch Schmoller zeichnet sich durch eine Konzentration aus, die durch die Klarheit der Problemlage ermöglicht und nahe gelegt wurde. Die Probleme liegen ausschließlich auf legislativem Boden. Für ihre Lösung zeigt das ausländische Recht die verschiedenen Möglichkeiten auf, ohne daß wir Anlaß hätten, wesentlich an dem hergebrachten Rechtszustand zu ändern. Rechtsgut und Angriffsform stehen heute im wesentlichen fest; nur in der Richtung will Schmoller einer Erweiterung des Tatbestandes das Wort reden, daß einerseits der Angriff auf gewisse dingliche sowie auf gewisse Okkupationsrechte, andererseits neben Beschädigung und Zerstörung auch die dauernde Entziehung und die Unbrauchbarmachung berücksichtigt werden sollen. Dagegen warnt Verf. mit Recht vor der Bestrafung der fahrlässigen Sachbeschädigung wie davor, die Sachbeschädigung zur Vermögensbeschädigung zu erweitern.

5. Naglers Bearbeitung der Jagdwilderei, Fischwilderei und der verbotenen Küstenfischerei basiert auf eingehender Bestimmung des Angriffsobjekts. Vorbedingung gedeihlicher gesetzgeberischer Arbeit, enthält diese Untersuchung gleichzeitig eine wesentliche Förderung der Dogmatik der bezüglichen Delikte. Das gilt nicht nur von der Herausarbeitung der Jagd- und Fischrechtssysteme, sondern nicht minder von der inhaltlichen Bestimmung der angegriffenen und angreifbaren Okkupationsrechte. Die Ergebnisse dieser dogmatischen, die historische Entwicklung wie die wirtschaftliche Bedeutung ihres Gegenstandes gleichzeitig berücksichtigenden Untersuchung dienen sowohl der Bewertung der verglichenen fremden Regelungen wie dem Ausbau des deutschen Rechts als Grundlage. Dabei ergab sich, daß nicht in der grundsätzlichen Auffassung, sondern nur in der tatbestandlichen Ausprägung, die aus jener ihre Norm zu empfangen hat, das fremde Recht für einzelne Fragen Vorbildliches bietet; durchweg aber steht das deutsche Recht der fremden Regelung an grundsätzlicher Klarheit und praktischer Brauchbarkeit voran. Um diesen Sachverhalt klar herauszustellen, durften die verschiedenen Jagd- und Fischrechtssysteme nicht übergangen werden; überwundene Rechtssysteme führten zu unvorbildlicher strafrechtlicher Regelung; und insoweit durfte sich dann die rechtsvergleichende Darstellung mit der Heraushebung dieses wesentlichsten Punktes begnügen. Ebenso wenig wie hinsichtlich des Angriffsobjekts empfängt das deutsche Recht für die Umgrenzung der Angriffshandlungen entscheidende Anregung vom Ausland, so verbesserungsbedürftig in dieser Richtung unsere Bestimmungen auch erscheinen mögen. Hier hat Nagler aus der Natur des Angriffsobjekts und seiner Verzweigungen, des Hegungs- und des Okkupationsrechts die Angriffsmöglichkeiten abgeleitet, um grundsätzlich ihre erschöpfende Poenalisierung zu befürworten. Daß nur auf dem Gebiet

der Deliktfolgen die Regelung der Einziehung durchgreifender Umgestaltung bedarf, erscheint jenen prinzipiellen Gesichtspunkten gegenüber von untergeordneter Bedeutung. — Die Nagler'sche Arbeit trägt in hervorragendem Maße ihrer Aufgabe als legislative Vorarbeit Rechnung: Die dogmatische wie die rechtsvergleichende Behandlung hält sich durchaus innerhalb der Grenzen, die das gesetzgeberische Bedürfnis ihr zieht; die legislative Erörterung aber geht auf gesicherter Grundlage unter Berücksichtigung des Strafbedürfnisses vor zu gesicherten Resultaten.

6. Freudenthal stellt der rechtsvergleichenden die dogmatische Behandlung der Untreue auf den Boden des deutschen Rechts voran. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im letzten Abschnitt „Kritik und Vorschläge“. Letztere sind durchaus an der dogmatischen Grundauffassung des Verf. orientiert. Die Verletzung der Rechtspflicht zur Vermögensfürsorge, die hier als typische Begehungsart der Untreue festgestellt wurde, soll auch für die *lex ferenda* und zwar als entscheidendes begriffliches Merkmal, dessen Aufnahme die kasuistische Aufzählung der Untreuesubjekte überflüssig macht und deren Mängel beseitigt, berücksichtigt werden. Ebenso soll dem Delikt der Charakter des Vermögensdelikts auch in Zukunft gewahrt bleiben; nur will Freudenthal über die Grenzen des geltenden Rechts insofern hinausgehen, als die Schädigung irgend jemandes, nicht nur die des Schützlings erfordert und als ausreichend betrachtet werden soll. Die naheliegende Einwendung, die Fürsorgepflicht könne nur durch eine den Schützling schädigende Handlung verletzt werden, schlägt ebensowenig durch wie die dagegen gerichtete Ausführung: Freudenthals, die Vermögensschädigung stehe der die Fürsorgepflicht verletzenden Handlung als Erfolg gegenüber und brauche daher nicht den Schützling zu treffen. Es handelt sich bei dieser legislativen Erwägung gerade darum, ob diese Schädigung als Element der Fürsorgepflichtverletzung gefaßt werden soll oder nicht. Die Frage läßt sich aus dem Begriff der Fürsorgepflicht und ihrer Verletzung nicht beantworten. Entscheidend ist lediglich das Strafbedürfnis für den vom Verf. herangezogenen Fall; die begriffliche Möglichkeit, den Tatbestand in der vom Verf. vertretenen Weise zu fassen, ist nicht zu bestreiten. Jenes Strafbedürfnis aber möchten wir verneinen. Die Strafbestimmung würde den Schutz obligatorischer Forderungen weit über das ihnen sonst gewährte Maß hinaus ausdehnen, ohne daß die Notwendigkeit solcher Ausdehnung gerade hier ersichtlich wäre.

Den Wert der Rechtsvergleichung schlägt Freudenthal hoch an; als Argument für seine Vorschläge führt er an, daß sie sich in der von den modernen Gesetzen befolgten Linie bewegen; die Rechtsvergleichung hat dem deutschen Recht, wenn es sich dieser Entwicklung anschließt, „an der Hand geschichtlicher und begrifflicher Erwägungen den Weg gewiesen“. Damit ist der innige Zusammenhang der rechtsvergleichenden und der legislativen Arbeit bezeugt.

7. „Möglich, daß in der Masse der fremden Gesetzesnormen sich Sehrreiches und Vorbildliches findet. Das und nicht mehr dürfen wir hoffen.“ Mit diesen Worten bestimmt Wach in der Einleitung seiner Bearbeitung des Bankerutts und der verwandten Delikte die Grenzen, die der Leistungsfähigkeit der Rechtsvergleichung gesteckt sind. Eine klare Absage an v. Liszts Lehre von der Ableitung des Seinsollenden aus dem Seienden! Und doch will uns scheinen, als habe Wach über das bescheidene Maß hinaus, das er sich selbst bestimmt, die Rechtsvergleichung fruchtbar zu machen verstanden. Gerade, indem er weder bei ihr, noch bei der legislativen Erwägung den Stoff zersplitterte, sondern die großen, beherrschenden Züge mit plastischer Klarheit herausarbeitete. Der entscheidende Mangel des geltenden Rechts beruht darauf, daß es keinen Zusammenhang zwischen Bankerutthandlung und Konkurs, keinen Kaufalnegus zwischen jener und der Gläubigerbenachteiligung fordert; — und gerade in dieser Richtung konstatiert Wach, daß die Rechtsentwicklung auf die Anerkennung der schuldhaften Schädigung auch im Bankeruttstrafrecht hindrängt (S. 47); und in derselben Richtung bewegt sich sein Reformvorschlag: das Grunddelikt ist der schuldhafte Angriff auf die Gläubigerforderungen durch Vereitelung oder Verkümmern ihrer Befriedigungsmöglichkeit (S. 97). Ein ähnlicher Parallelismus ließe sich für die Behandlung der Befriedigungsverletzung außerhalb des Konkurses (§ 288 HGB.) feststellen. Im übrigen hat die Rechtsvergleichung auch hier nur die Bedeutung, daß sie der Kritik des geltenden Rechts wertvolle Gesichtspunkte zubringt. Auf diese ihre Funktion ist die Gliederung der Schrift durchaus zugeschnitten. Vorangestellt ist das ausländische Recht; hier sind in großen Zügen die Systeme der einzelnen Rechtsgebiete dargelegt, sodaß ein abgeschlossenes Bild der Regelung jedes einzelnen Rechts gewonnen wird. Der zweite Abschnitt — „Das deutsche Recht in rechtsvergleichender Darstellung“ arbeitet das Verhältnis heraus, in dem die fremden Rechte zu den einzelnen deutschen Tatbeständen stehen. Der dogmatischen Bearbeitung des Rechtsstoffs ließ die vorliegende Aufgabe keinen Raum; nur als Grundlage der kritischen Betrachtung konnte sie in Betracht kommen. So baut der dritte Abschnitt — das deutsche Recht in kritischer Beleuchtung — sich auf dogmatischen Ausführungen auf, die mehr das Problematische des Stoffs klarzulegen, als die Probleme ihrer dogmatischen Lösung zuzuführen suchen. Jene Kritik leitet über zu dem vierten Abschnitt, der die Reformgedanken des Verf. zusammenfaßt. Hier hat Wach einen fast völligen Neubau unternommen. Er dringt auf die Sonderung der bloßen Ordnungswidrigkeiten von den hergehörigen Delikten, eine Scheidung, die insbesondere innerhalb der Buchdelikte praktisch wird. Für die Bankeruttdelikte selbst wird schädigende Wirkung der Delikthandlung im Zusammenhang mit dem konkreten Konkurs, nicht Verursachung des Konkurses oder des Konkursgrundes durch die Bankerutthandlung selbst gefordert. Die Bankeruttdelikte haben sich nach *dolus* und *culpa*, nicht nach der Benachteiligungsabsicht zu differenzieren.

Wie diese, so ist auch das Delikt des § 288 als Verletzungs-, und zwar als Vorsatzdelikt zu konstruieren. Überall hat die Kasuistik der exemplifikatorischen Methode zu weichen. Absichtlich hat Wach es unterlassen, die gesetzestechnische Ausprägung seiner Reformgedanken auch nur anzudeuten. Ebenso hat er darauf verzichtet, kriminallogische Betrachtungen oder Erwägungen über die soziale Bedeutung der Delikte anzustellen, insbesondere grundsätzlich auf das Anführen „der für uns jeder Belegungsmöglichkeit entrückten Ziffern der Statistik.“ So hat die Arbeit sich Beschränkungen auferlegt, über deren Berechtigung gestritten werden kann; aber innerhalb dieser Grenzen verfolgt sie ihr Ziel mit meisterhafter Konzentration, die sich wie in dem Aufbau der Arbeit, so in der Abgeklärtheit der Darstellung ausdrückt.

8. Im 7. Bande hat Weismann die Urkundenfälschung, Hegler den Betrug und die Nahrungsmittelfälschung bearbeitet. Die engen Beziehungen, die zwischen Betrug und Urkundenfälschung so lange Zeit bestanden, die Abgrenzung beider Deliktssbegriffe so sehr erschwert haben, treten in beiden Arbeiten deutlich genug hervor. Beide haben die Tendenz, jedenfalls keinen Deliktstatbestand mit vagem Charakter aufzustellen. Aber dies Bemühen führt die beiden Autoren in interessanter Weise zu durchaus gegensätzlicher Konstruktion. Weismann verzichtet darauf, das angegriffene Rechtsgut näher zu bestimmen, Hegler sieht gerade hierin die erste Vorbedingung gedeihlicher rechtsvergleichender Arbeit. Das Verfahren findet hier wie dort seine Rechtfertigung in der grundsätzlichen Auffassung für die *lex ferenda*. Weismann will der Urkundenfälschung die selbständige Natur fast gänzlich rauben: teils soll sie aufgehen in einem Tatbestand der Fälschung sachlicher Beweismittel, teils als qualifizierend bei den strafbaren Handlungen berücksichtigt werden, denen sie als Mittel gebient hat; wenn sich dann noch ein Bedürfnis geltend macht, die Urkundenfälschung allgemein unter Strafe zu stellen, handelt es sich um Lücken der Strafgesetzgebung, die unter anderem Gesichtspunkt auszufüllen sind. Entsprechende Betrachtungen werden für die intellektuelle Urkundenfälschung, die Urkundenunterdrückung, die Grenzsfälschung angestellt. So wird hier mit der Auffassung, es handle sich im Grunde lediglich um ein besonderes Mittel zum Angriff auf die verschiedenartigsten Rechtsgüter, Ernst gemacht; die Auflösung des Tatbestandes entspricht dem gesetzestechnischen Prinzip, nur die Angriffe auf bestimmte, scharf umrissene Rechtsgüter als selbständige Deliktstypen zu fassen. Das gleiche Prinzip gibt Hegler das Recht, am Betrugstatbestand im wesentlichen festzuhalten; wo hier eine Änderung verlangt wird, liegt sie durchaus im Rahmen des durch Angriffsobjekt und Angriffshandlung bestimmten Typus: So insbesondere, wenn neben der Vermögensverschiebung die Vermögensentziehung durch betrügerische Handlung zum Betrug gezogen werden soll. So ist hier die Vagheit des Delikts endgiltig überwunden, dort bis in ihre letzten Konsequenzen, bis zur Auflösung des Tatbestandes verfolgt worden.

Beide Autoren befolgen bei der Rechtsvergleichung die Methode,

das Recht jedes einzelnen Landes geschlossen darzustellen. Dem Vorzug, daß so ein einheitliches Bild der jeweiligen ausländischen Regelung gewonnen wird, steht der Nachteil gegenüber, daß die Stellung des fremden Rechts zu den Einzelfragen nicht scharf heraustritt; daß andererseits bei übereinstimmender Regelung in verschiedenen Rechten Wiederholungen unvermeidlich werden. So behandelt, um ein Beispiel herauszugreifen, Weismann die Erlangung einer echten Unterschrift durch Täuschung über den Inhalt der Urkunde an nicht weniger als neun Stellen. Den ersten Nachteil hat Hegler dadurch aufzuheben versucht, daß er in gedrungener Kürze die Ergebnisse der Rechtsvergleichung in einem besonderen Abschnitt zusammenfaßt; auch die Vorschläge *de lege ferenda* greifen exemplifikatorisch wiederholt auf die Regelung des fremden Rechts zurück. Weismanns Vorschläge für die *lex ferenda* konnten nur in Einzelpunkten auf das ausländische Recht verweisen. Es muß auch hier hervorgehoben werden, daß keine der beiden Arbeiten ihre Vorschläge aus einer allgemeinen Entwicklungstendenz ableitet.

Interessant ist der Gegensatz, der zwischen den Arbeiten bezüglich der Behandlung des deutschen Rechts besteht. Weismann faßt es als ein Glied in der Kette der historischen Entwicklung, deren Berücksichtigung der rechtsvergleichenden Arbeit die Direktive gibt, und stellt es inmitten der fremden Rechte an der dadurch bedingten Stelle dar. Hegler stellt es der Gesamtheit der fremden Rechte in eingehender dogmatischer Behandlung gegenüber und voran. Aber auch Weismann entzieht sich der speziellen Darstellung des deutschen Rechts nicht; nur daß dieses als Grundlage der kritischen Erörterung, und zwar einer kritischen Erörterung, die in erster Linie der Auffassung der Judikatur gewidmet ist, zu dienen hat. Hat Hegler der dogmatischen Behandlung gegenüber die rechtspolitische an dieser Stelle zurücktreten lassen, so hat Weismann gerade die letztere in den Vordergrund geschoben; und es muß hervorgehoben werden, daß diese kritischen Ausführungen u. d. zu den vorzüglichsten Partien des Gesamtwerks gehören. Daß die Resultate des heutigen Rechtszustandes, deren Absurdität in erster Linie dem Gesetze zur Last fallen dürfte, dem Rechtsempfinden zum Teil so unerträglich wie unverständlich erscheinen, dürfte auf denselben Umstand zurückzuführen sein, der Weismann zur Ablehnung der Urkundenfälschung als selbständigen Deliktstypus geführt hat: den nämlich, daß das Delikt das gleiche bleibt, welches auch das angegriffene Rechtsgut sei. Das Bedürfnis der Reaktion aber differenziert sich viel stärker nach der Verschiedenartigkeit der angegriffenen Rechtsgüter als nach der der Angriffs-handlungen.

Der Ertrag, den die Dogmatik des geltenden Rechts heimbringt, kann angesichts der Eigenart der Aufgabe nur bescheiden sein, umso mehr, als es sich hier wie dort um Lehren handelt, denen bereits in überreichem Maß dogmatische Bearbeitung zuteil geworden ist. Das tritt besonders deutlich bei Hegler hervor, der mit größter Sorgfalt

wie den Stand der zahlreichen Kontroversen, so die eigene Stellungnahme herausarbeitet, ohne viel Gelegenheit zu finden, den herkömmlichen Lehren eine neue gegenüberzustellen oder sie von anderen Gesichtspunkten her zu begründen. Weismann hat dem gegenüber nur hin und wieder rein dogmatische Erörterungen eingeflochten; nicht dem geltenden Recht die Anwendung zu erleichtern, sondern die Linien für seine Weiterentwicklung zu ziehen, ist hier der alle andern Rücksichten zurückdrängende Gesichtspunkt gewesen.

9. Wucher und Ausbeutung sind von Richard Schmidt bearbeitet worden. Charakteristisch für die Arbeit ist es, daß sie sich nicht mit einer begrifflichen Untersuchung des strafrechtlichen Wuchertatbestandes begnügt, sondern den Wucher in seiner wirtschaftlichen Eigenart, in der Mannigfaltigkeit seiner Erscheinungsformen würdigt. Damit wurde die Darstellung über den Rahmen rein strafrechtlicher Untersuchung hinausgebrängt; auf der einen Seite konnte die Stellungnahme des bürgerlichen Rechts nicht übergangen werden, auf der andern erfuhr die Bedeutung der außerstrafrechtlichen Maßnahmen der Sozialpolitik Berücksichtigung und Hervorhebung. Scharf aber wird betont, daß das legislative Problem des Wucherstrafrechts durch die Würdigung dieser Maßnahmen seine Lösung nicht erfahren kann. Hier setzt die selbständige kriminalpolitische Erwägung ein. Sie ruht auf einer gedrängten, die Entwicklung plastisch herausarbeitenden, geschichtlichen Grundlegung weit mehr als auf der rechtsvergleichenden Darstellung. Diese hat angesichts der Unmöglichkeit, die Stellung der fremden Rechte zu den einzelnen Tatbestandselementen zum Ausgangspunkt zu nehmen, die Regelung der einzelnen Rechtsgebiete geschlossen klargelegt. Dabei hat Verf. auf dogmatische Behandlung der einzelnen Bestimmungen verzichtet, und das Schwergewicht auf die Darstellung ihrer Entwicklung gelegt; so findet sich Gelegenheit, die bei der Ausgestaltung der einzelnen Gesetzesregelungen wirksamen legislatorischen Erwägungen klar herauszuarbeiten. Die kritischen Erörterungen und Vorschläge, die den wichtigsten Teil der Arbeit enthalten, greifen auf jene durch die Rechtsvergleichung gewonnenen Ergebnisse zwar hier und da zurück; durchgängig aber geht die Untersuchung unabhängig von aller Rücksicht auf etwaige Resultate internationaler Rechtsentwicklung vor, um die Grenzen des Tatbestandes allein nach dem Strafbedürfnis zu bestimmen. Dabei nimmt Verf. Gelegenheit, die gesetstechnischen Grundlagen kurz zu entwickeln, um alsbald die einzelnen Tatbestandsmerkmale zu bestimmen. Hier tritt Verf. für eine wesentliche Umformung des Wuchertatbestandes ein; es soll nur das Kreditgeschäft, dieses aber in allen seinen Formen, getroffen werden, vorausgesetzt, daß die den Schuldner treffende Schädigung geeignet ist, die Zerrüttung seines Vermögens herbeizuführen. Die damit bezeichnete Einengung des Tatbestandes, der gegenüber es als Erweiterung nicht ins Gewicht fällt, daß Verf. die Notlage usw. des Schuldners aus dem Tatbestande streichen, gewohnheits- und gewerbsmäßige Begehung nicht als Tatbestandsmerkmal,

sondern lediglich als Strafschärfungsgrund berücksichtigen will, erscheint nicht unbedenklich. Sie stellt nicht nur die richterliche Feststellung vor eine ungemein schwierige Aufgabe; wichtiger ist, daß sie aller wucherlichen Ausbeutung gegenüber versagt, die sich vor dem Extrem hütet, „die Persönlichkeit selbst in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung“ anzugreifen. — Die vornehmliche Betonung der legislativen Gesichtspunkte hat zur Folge gehabt, daß Verf. der Auslegung des geltenden Rechts gegenüber sich große Reserve auferlegt; die praktische Handhabung der geltenden Bestimmungen wird lediglich als Beispiel möglicher Gestaltung des Wucherstrafrechts referiert. So zeigt sich auch hier die völlige Anpassung der Arbeit an die ihr gesetzte Aufgabe.

10. Das Glücksspiel ist vom Referenten bearbeitet worden.

11. Nagler befürwortet für die Schiffs- und Ladungsgefährdung durch Konterbande eine Erweiterung des Tatbestandes in der Richtung, daß auch die vorsätzliche Verletzung neben der Gefährdung getroffen, gleichzeitig der Täterkreis verallgemeinert, endlich der Strafschutz auf alle Einziehungsinteressenten ausgedehnt wird. Der Bestimmung des § 298 wider den Feuervertragsbruch will Nagler Existenzberechtigung nur zusprechen, wenn der Strafschutz auf die Binnenschifffahrt erstreckt wird. Bei Begehung im Auslande soll Zugehörigkeit des Dienstherrn zum Inland über die Anwendung des deutschen Rechts entscheiden.

12. Kohler hat bei der Bearbeitung der Münzverbrechen und Münzvergehen die Methode befolgt, die in Frage kommenden Tatbestände in aprioristischer Weise aus den Grundgedanken, die die bezügliche Regelung beherrschen, zu entwickeln, um alsbald das Verhältnis zu bestimmen, in dem die verglichenen Rechte zu den einzelnen Merkmalen der so gewonnenen Deliktstypen stehen. Dabei ist die grundsätzliche Auffassung bestimmt einmal von der Auffassung des Verbrechensobjekts, das Kohler in dem Geldinstitut, einer Einrichtung gesellschaftlicher Art, erblickt, anderseits von der des Geldes als einer besonderen Art der Urkunde. Diese Auffassung bewährt sich auch in der Richtung der Fälschungshandlungen, die sich als unmittelbare und als mittelbare Fälschung, als Fälschmünzung und Herstellung von Münzen von geringerem Gewicht bzw. Münzverringerung darstellen. Zur Fälschungshandlung muß die Verbreitung, nach vielen und so auch dem deutschen Recht nur die Verbreitungsabsicht hinzutreten; Kohler erblickt aber in solcher Verschiebung des Vollendungspunktes lediglich eine gesetzestechnische Umformung des Tatbestandes, die nicht hindert, im übrigen die Verbreitung als die naturgemäße Vollendung bei der Entscheidung der Einzelfragen zugrunde zu legen. Deshalb nimmt Kohler straftilgenden Rücktritt vom Versuch als möglich an, Neben Fälschung in Verbreitungsabsicht bedarf die Verbreitung in allen Fällen strenger Ahndung. Mit ebenso großer Schärfe wie Kürze wird gezeigt, wie insbes. das deutsche Recht den damit umschriebenen Rahmen bald überschreitet, bald hinter ihm zurückbleibt. Jenes in der Bestimmung des § 149 und in der zweiten Alternative des § 146.

Dieses insbesondere in dem Sonderfall des § 148, der zwar mildere Behandlung, nicht aber eine solche Vorfelbständigkeit verdient, in der beschränkten Bestrafung der Verbreitung verringerter Münzen nach § 150, wie endlich in der milden Ahndung der Münzverringerung. — Ihre Ergänzung finden diese Tatbestände in der Pönalisierung von Verbreitungs- und Hilfs-handlungen. Die Frage, welche von diesen Handlungen selbständige tatbestandliche Berücksichtigung erfordern, entzog sich der aprioristischen Entscheidung; deshalb hat Kohler hier sich zunächst auf eine Darstellung der Regelung der verglichenen Rechte beschränkt. Gleiche Reserve charakterisiert die kurze Darstellung des „Verwaltungsstrafrechts“. Dagegen kehrt Kohler bei der Behandlung der Strafe und Einziehung, des zwischenstaatlichen Strafrechts, wie in den abschließenden allgemeinen Betrachtungen und Vorschlägen zu jener erst befolgten Methode wieder zurück. Diese hat den großen Vorzug, daß sie die legislative Stellungnahme des Autors in systematischer Zusammenfassung, bereits in dogmatischer Verarbeitung darlegt; und so den Idealtypus der einzelnen Delikte als Ausgangspunkt der Darstellung und Wertung der verglichenen Rechte aufstellt. Diese Methode ist aber nur da berechtigt, wo feststeht, daß das Schutzobjekt wie die Angriffshandlungen in gleicher Weise auch in Zukunft festgehalten und berücksichtigt werden sollen. Der Entscheidung dieser präjudiziellen Frage ist Kohler nirgends aus dem Wege gegangen. Damit ist die Methode gerechtfertigt, die der Arbeit ihre große Klarheit und Übersichtlichkeit verliehen hat. Ein geschlossenes Bild von der Regelung des einzelnen ausländischen Rechts wird dabei freilich nicht gegeben, aber ein solches liegt auch keineswegs in der Aufgabe des Werks. Bei der Rechtsvergleichung hat sich Kohler durchweg mit der Heraushebung des jeweils entscheidenden Punktes, unter Verzicht auf die Behandlung von Einzelfragen, begnügt; dabei dient wiederholt die wortgetreue Anführung ausländischer Gesetzesstellen, mit besonderer Ausführlichkeit aus dem Gebiet des englisch-amerikanischen Rechts, der Flussifizierung der Darstellung.

Rechtsgüter der Gesamtheit.

Berichterstatter: Dr. jur. Ernst Blume, Gerichtsassessor in Breslau.

1. Arnstedt, Oskar von, Das Preussische Polizeirecht unter Benützung der Entscheidungen von Verwaltungs- sowie Gerichtsbehörden zum Handgebrauche für Behörden, Rechtsanwälte und Beamte der Selbstverwaltung. II. Band, XVIII, 1039 Seiten. Heymann, Berlin 1907. (20 M.).

Das Buch bildet die Fortsetzung des in Z 25 669 unter 7 besprochenen Werkes und behandelt in drei Hauptteilen Sicherheitspolizei

mit Preß- und Vereinspolizei, Ordnungs-, Sittenpolizei mit Schank- und Gefindewesen, Baupolizei mit Baufluchtliniengesetz vom 2. 7. 1875. Mit einem sehr ausführlichen alphabetischen Inhaltsverzeichnis ausgestattet, erscheint es besonders geeignet, ein „Nachschlagebuch für den praktischen Gebrauch“ zu werden, wozu es auch sein Verfasser bestimmt haben will. Es enthält eine große Fülle von Material. Die in Frage kommende Gesetzgebung, die einschlägigen Verordnungen und Erlasse werden kommentiert, namentlich unter Zitierung und Bericht der ergangenen Entscheidungen. Der Verfasser hat es wiederum vermieden, an diesen Entscheidungen Kritik zu üben, wie er im Vorwort auseinandersetzt, aus dem Grunde, weil seiner Auffassung nach dem Auskunfts suchenden Beamten weniger darauf ankommt, zu erfahren, was irgend ein bei der Erlebigung der Sache nicht beteiligter früherer Beamter meint, als vielmehr die Ansicht der zuständigen Instanzen kennen zu lernen. Man hat es jedoch bei dem Verfasser nicht mit einem außerhalb stehenden früheren Beamten als vielmehr mit einem bewanderten und gelehrten Praktiker zu tun, dessen erfahrenes Urteil der Rat Suchende oft gern kennen lernen würde. Möchte es ihm vergönnt sein, das verdienstliche Werk bald zu vollenden.

Auch der Kriminalist findet mancherlei, das ihn angeht, in dem vorliegenden Bande, es sei vor allem für unseren Spezialzweck hingewiesen auf die §§ 19 ff. Bekämpfung der Bettelei, des Müßiggangs und der Landstreicherei; §§ 43 ff.: Preßwesen; §§ 51 ff.: Vereinswesen; §§ 69 ff.: Sittenpolizei.

2. North, Dr. jur. Albert, Die Nothilfepflicht im deutschen Strafrecht unter Berücksichtigung ihrer geschichtlichen Grundlage sowie der ausländischen Gesetzgebung. Tübinger Inauguraldissertation 1906.

Gegenstand der Darstellung ist die Verletzung der Nothilfepflicht als delictum sui generis im gegenwärtigen Reichs- und Landesstrafrecht. Ein vorausgeschickter Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Nothilfepflicht ergibt, daß ihr früher im deutschen Strafrecht ein breiter Raum eingeräumt war. Sie bildete, ursprünglich in der Dingspflicht enthalten oder als eine Erweiterung dieser — dem „Gerüste“ mußte Folge geleistet werden, widrigenfalls der, welcher es hört und ihm nicht folgt, für die Tat haftet — einen Ersatz für mangelhaft organisierte, wenn nicht geradezu fehlende Polizei, mit deren fortschreitenden Ausbau sie schließlich immer mehr und mehr zurückgetreten ist.

Sie findet sich im geltenden Strafrecht im § 360 Z. 10 des RStGB., im § 145 RStGB. in Verbindung mit der Verordnung vom 15. August 1876 (RStBl. S. 189) über das Verhalten der Schiffer nach einem Zusammenstoß von Schiffen auf See. Nur in diesen Fällen findet sich auch eine reichsgesetzlich vorgesehene Bestrafung ihrer Verletzung. Statuiert ist eine Nothilfepflicht in einigen Reichsstrafnebengesetzen, so im § 5 des Reichsgesetzes vom 7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, im § 21 des Reichsgesetzes

vom 28. Oktober 1871 über das Postwesen des Deutschen Reiches, ohne daß für die Verletzung der Nothilfepflicht strafgesetzliche Folgen angedroht sind. Einige Fälle der Nothilfe endlich sind im Landesstrafrecht enthalten, namentlich im Gebiete des Forst-, Wasser- und Bergrechts. Verfasser untersucht, inwieweit diese landesrechtlichen Strafbestimmungen gegenüber dem § 380 Z. 10 StGB. noch auf Geltung Anspruch haben und inwieweit sie Ergänzungen und Erweiterungen treffen dürfen. Er kommt dabei zu einem anderen Ergebnis als Frank und Lishausen, welche annehmen, daß nur solche landesrechtliche Vorschriften unberührt bleiben, durch welche bei einem Unglücksfalle bestimmte Personen ohne spezielle Aufforderung zur Hilfeleistung verpflichtet werden.

Den Schlußteil der Abhandlung bildet eine rechtsvergleichende Darstellung ausländischer Strafbestimmungen über das Nothilferecht, auf Grund deren der Verfasser *de lege ferenda* zu dem Resultate gelangt, daß das kommende Strafgesetzbuch auch die nicht durch vorgängige Aufforderung bedingte Hilfepflicht für gewisse Fälle — und zwar lediglich zur Beseitigung fremder Lebensgefahr, nicht auch bei ausschließlicher Vermögensgefahr — berücksichtigen möge. Er unterscheidet in der von ihm zum Schluß vorgeschlagenen Formulierung drei Fälle 1. die vorsätzliche und die fahrlässige Unterlassung der Nothilfepflicht schlechthin. Für fahrlässige Unterlassung wird besonderer Strafraum verlangt. 2. Den Fall, daß infolge der Unterlassung der Gefährdete ums Leben gekommen ist. Die Bestrafung hierbei unterscheidet er ebenfalls danach, ob vorsätzliche oder fahrlässige Unterlassung vorliegt. 3. Wenn der Tod des Gefährdeten eingetreten ist, ohne daß dieser Erfolg vorausgesehen oder doch voraussehbar war, also bei Fehlen von Vorsatz und Fahrlässigkeit — will er Bestrafung nur eintreten lassen, — wenn für den Unterlassenden neben der allgemeinen Nothilfeverpflichtung auf Grund eines besonderen Rechtsverhältnisses die Pflicht zum Eingreifen bestanden hat.“ Eine aus § 826 BGB. abgeleitete allgemeine Lebensrettungspflicht soll hierbei nicht genügen.

Die jetzige (französisch-rechtliche) Nothilfeform des § 360 Z. 10 StGB. empfiehlt er, aus dem Reichsstrafrecht auszuscheiden und dem Landesstrafrecht zuzuweisen.

Es möge genügen, auf diese Hauptgedanken des Schriftchens hinzuweisen, die neben ihnen noch manches andere Wertvolle enthält, um zu zeigen, daß sie für das Reformwerk auf Beachtung Anspruch hat.